

Solidarität mit Geflüchteten

Wie das vor Ort geht und was es für die europäische Perspektive bedeutet auf Seite 4/5.

kein
mensch
ist
illegal

Opposition in Zeiten der GroKo

Welche Rolle spielt ihre Größe für die Arbeit im Parlament und die Demokratie? Seite 3.

Europa wählt grün

Jede_r kann mitmachen bei der Wahl der Spitzenkandidat_innen der Europäischen Grünen.

Seiten 2.

Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 179, Ausgabe IV / 2013

Die Weite des Tempelhofer Feldes mit Augenmaß gestalten.

Foto: Simon Obenhuber

Viel Platz, freie Bahn für Fußgänger_innen und Sportler_innen aller Couleur und Grün so weit das Auge reicht – das Tempelhofer Feld ist mit 384 Hektar Freifläche ein einmaliger Ort innerhalb Berlins, um den uns andere Großstädte zu Recht beneiden. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Projekttitel des Senats für die Bebauung des Tempelhofer Feldes reiner Hohn. Seit Oktober werden erste Baufelder für das geplante Wasserbecken umzäunt. Schließlich, so die Senatsmeinung, sei das entworfene Gesetz der Bürger_inneninitiative zum Erhalt des Feldes noch nicht in Kraft getreten – ganz klar, sowas muss man ausnutzen. Ein künstlicher See – etwa so groß wie vier Fußballfelder – soll auf dem Brutgebiet von 36 Feldlerchen-Pärchen für einen zweistelligen Millionenbetrag gebaut werden, zuzüglich Unterhaltungskosten.

Zwar spricht einiges für den Bau eines Regenwasserbeckens, doch

„Eine Bebauung, die sich an ökonomischen Verwertungsinteressen orientiert, lehnen wir ab.“

braucht es dafür ein derart teures Designerbecken? Auch werden zunehmend Zweifel an einer ökologisch nachhaltigen Umsetzung der Pläne laut. Es ist fraglich, ob sich die geschützten Feldlerchenpaare die Mieten in den vom Senat ausgeschriebenen Ersatzbrutflächen leisten können.

Die ausufernden Bebauungspläne des Senats fangen mit dem Eventbecken jedoch erst an. Rot-Schwarz plant auf der Freifläche weiterhin eine überdimensionierte Bebauung: Eine Bibliothek – während die bestehenden verfallen – ein Gewerbegebiet entlang der S-Bahn und – allen gegenteiligen Versprechungen zum Trotz – Luxus-Wohnungen mit Mietpreisen, die bei mehr als 10 €/m² liegen werden. Für die kleineren und bezahlbaren Wohnungen, die Berlin so dringend braucht, ist im Landeshaushalt gar kein Geld eingeplant.

Wie beim Wasser und den Stromnetzen ist damit auch dieses Volksbegehren ein Misstrauensantrag gegen

den Senat. Denn bekanntlich sind die Erfahrungen der Berlinerinnen und Berliner mit der städtischen Baupolitik zumeist schlecht – man neigt hier nämlich gerne mal zum Faktenschaffen durch übereilten Baubeginn. Ganz zu schweigen von einem riesigen Flughafengebäude, das noch immer auf ein Nachnutzungskonzept wartet. Daher mündet die gefühlte Ohnmacht der Bürgerinnen und Bürger nicht grundlos in der Formulierung eines umfassenden Stoppsignals an den Senat: 100 % Tempelhofer Feld! Man könnte es zweifellos auch als eine Forderung nach einem Planungsmoratorium oder einer selbst aufzuerlegenden Besinnungsphase auffassen. Sonst droht die Gesamtentwicklung des Tempelhofer Feldes ein weiteres Millionengrab Berlins zu werden.

Bündnis 90/Die Grünen fordern eine ernsthafte und ergebnisoffene Diskussion über die Gesamtplanung für das Tempelhofer Feld sowie ein Sanierungs- und Nutzungskonzept für das Flughafengebäude. Wir lehnen die Errichtung eines Gewerbe-

oder Mischquartiers im Süden des Tempelhofer Feldes ebenso ab wie die geplante Bebauung des Quartiers an der Oderstraße. Bedarf sehen wir hingegen für eine Kita, eine Grundschule und eine Turnhalle für den angrenzenden Neuköllner Kiez. Hier plädieren wir aber dafür, so wenig zusätzliche Fläche wie möglich zu versiegeln. Daher fordern wir eine ernsthafte Überprüfung, ob eine Bibliothek im Flughafengebäude günstiger wäre als der teure Neubau einer Woreit-Gedenk-Bibliothek.

Um den ausufernden Senatsplänen entgegenzutreten und das Feld in seiner schieren Weite zu erhalten braucht es ein starkes Zeichen der Berlinerinnen und Berliner. Die Initiative 100 % Tempelhofer Feld hat inzwischen 64 über 80.000 Unterschriften für den Erhalt des Feldes gesammelt.

Das sind fast 26.000 mehr, als das letztlich erfolgreiche Begehren zur Offenlegung der Wasserverträge zu diesem Zeitpunkt hatte.

Dennoch braucht es auch in den kommenden Wochen weiterhin dringend fleißige Helferinnen und Helfer, die dem Winterwetter trotzen, um ein deutliches Zeichen für mehr Bürger_innenbeteiligung und den Erhalt des Tempelhofer Feldes zu setzen. Dafür streben die Initiator_innen des Volksbegehrens an, 280.000 Unterschriften bis zum 13. Januar 2014 zu sammeln. Und auch wir Neuköllner Grüne sammeln mit! Bei einem Gelingen des Volksbegehrens ist geplant, den daraufhin stattfindenden Volksentscheid parallel zum Termin der Europawahl am 25. Mai 2014 stattfinden zu lassen. Unser gemeinsames Ziel als Grüne ist es, dies zu ermöglichen.

Sofie Krotter

„Wir sprechen uns gegen ein Baufeld am Columbiadamm und gegen eine Wohnbebauung aus, die an den Kiez rund um die Neuköllner Oderstraße anschließt.“
Beschluss des Grünen Landesausschusses vom Oktober 2012:
www.gruenlink.de/eov

NEUKÖLLNER_INNEN IM GESPRÄCH

Ich liebe das multikulturelle Neukölln

Als vierte Interviewpartnerin der Reihe: „Neuköllner_innen im Gespräch“ treffen wir dieses Mal Nafi Satou. Sie ist in Banjoul, im westafrikanischen Gambia geboren, 50 Jahre alt und Mutter von drei Kindern und Großmutter eines Enkels. Sie lebt seit 27 Jahren in Neukölln.

Als gelernte Schweißerin arbeitete sie in Gambia. In Neukölln bietet sie in „Haddys Afroshop“, in der Neckerstraße 6, afrikanisches Hairstyling und Catering sowie einen Treffpunkt für die westafrikanische Community. Als Schauspielerin wirkte sie in einer Tator-Folge mit.

Liebe Frau Satou, wie sind Sie nach Neukölln gekommen?

Ich war neugierig auf Deutschland und hatte Verwandte in Neukölln. Anfangs habe ich bei ihnen gelebt und in der Familie geholfen. 1997 habe ich mich dann selbstständig gemacht.

Als ich nach Berlin kam, war vieles einfacher als heute. Als Angehörige eines Commonwealth-Staates habe ich z.B. kein Visum benötigt.

Was ist für Sie das besondere an Neukölln?

Ich liebe das multikulturelle Neukölln. Neukölln ist schön! Es gibt auch hier Probleme, wie überall. Aber das negative Neukölln, über das manche berichten, ist mir noch nie begegnet. Ich schätze hier die Netzwerke in der Nachbarschaft, dass Menschen miteinander reden und sich gegenseitig helfen.

Gibt es eine typische Geschichte, die Sie mit Neukölln verbindet?

Vielleicht eher eine lustige Berliner Geschichte, wie sich Bedenken leicht in Luft auflösen können. Ich habe 2009 zur Leichtathletik-WM Catering im Olympiastadion gemacht. Dass die ganze Welt bei mir gegessen hat, war eine schöne Erfahrung, aber eigentlich auch typisch Berlin. Irgendwann stan-

den zwei Polizisten bei mir am Stand und guckten etwas verunsichert. Sie bestellten von jedem Essen eine Portion. Es waren Testkäufer, die von den Kollegen vorgeschickt wurden, wie ich später erfahren habe. Sie kannten kein afrikanisches Essen, hatten aber so schlechte Polizeiverpflegung, dass sie nach Alternativen suchten. Ich habe dann täglich mehrere hundert Essen für sie gekocht. Schön, dass die Neugier über die Angst gesiegt hat.

Wenn Sie die Regierungsgewalt hätten, was würden Sie als dringende Probleme ansehen?

Mir war es immer wichtig, dass meine Kinder eine gute Bildung bekommen. Bildung ist der Schlüssel, um im Leben weiter zu kommen. Mein ältester Sohn möchte Architekt werden. Er hat eine Perspektive, auf die er hinarbeitet. Ich würde dafür sorgen, dass mehr Kinder Lust auf Schule, Ausbildung und Lernen haben.

Ich würde auch gerne dafür sorgen,

dass mehr Menschen Arbeit bekommen. Als Politikerin möchte ich mit den Menschen reden, deren Probleme hören und wenn es geht, helfen. Wenn man nur über Menschen redet, verändert man nichts.

Was geben Sie uns Grünen mit auf den Weg?

Neukölln ist ein sehr gutes Beispiel für alle Politiker. Hier können sie lernen und mitgestalten, wie die multikulturelle Zukunft Deutschlands funktionieren kann. Die Grünen sollen sich weiter um die Menschen kümmern. Ich hoffe, dass sie auch bald die Chance bekommen, ihre Ideen in der Regierung umzusetzen.

Liebe Frau Satou, ich danke Ihnen für das Gespräch!

Interview: Christian Hoffmann.



Nafi Satou
Foto: Christian Hoffmann

DIE GRÜNEN PRIMARIES

Mitbestimmen für die Zukunft Europas

Die Grünen bekennen sich zu Europa und zur Basisdemokratie. Ab sofort können daher europaweit alle Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der europäischen Grünen für die Wahlen zum Europäischen Parlament in einer Urwahl bestimmen. Ein Duo mit mindestens einer Frau wird ab Februar im Wahlkampf die gemeinsame politische Agenda vertreten.

Schon bei der letzten Europawahl haben die Grünen Europas ein Novum gewagt: Der Zusammenschluss der Grünen Parteien (EGP = European Green Party) hat als einzige Parteienfamilie eine gemeinsame Kampagne organisiert. Dieser Erfolg war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem wirklich europäischen Wahlkampf, der nicht länger nationale Themen und Akteur_innen in den Vordergrund stellt.

Den Grünen ist im Gegensatz zu den anderen Parteien klar, dass Treibhausgase keine Visapflicht kennen und nationale Behörden

ignorieren. Klimaschutz ist das beste Beispiel dafür, dass gesamt-europäische Entscheidungen mehr bewegen können – wenn die Bürgerinnen und Bürger die Politik der Europäischen Union mitbestimmen und sich einbringen.

Bereits vor der Wahl mitentscheiden

Vorbild für die Green Primaries sind die Vorwahlen in Frankreich, wo die Abstimmung über die Köpfe eine lebhaft inhaltliche Debatte angeregt, den Wahlkampf beflügelt und die Bürgerinnen und Bürger motiviert hat, sich einzubringen. Es erlaubt der Zivilgesellschaft, von Anfang an die Kandidat_innenwahl mitzubestimmen und so entscheidenden Einfluss auf das neue Parlament auszuüben.

Gerade in Europa ist die Frage der demokratischen Legitimierung aktuell: jetzt wird allen Bürger_innen die Teilhabe bereits vor der eigentlichen Abstimmung erlaubt. In einer Zeit, wo Personalentscheidungen in Hinterzimmern und Parlamentsfluren getroffen werden, wollen wir zeigen, dass es auch anders geht und das momentane Prozedere nicht den grünen Ansichten von Demokratie entspricht.

Dabei kann die gesammelte Erfahrung in nationalen Primaries genutzt werden – wichtig gerade im Bereich des Datenschutzes für das Online-Voting-Verfahren. Benötigt werden nur eine Email-Adresse und ein Mobiltelefon. Die Abstimmung läuft vom 10. November 2013 bis zum 28. Januar 2014. Der lange Abstimmungszeitraum soll den Kandidat_innen die

Möglichkeit geben, sich zu präsentieren und ihre Ziele und Vorstellungen für die Europapolitik darzulegen. Dies geschieht in Online-Debatten oder live vor Ort. Beide Plattformen sind selbstverständlich allen Interessierten zugänglich – auch, um aktiv teilzunehmen und Antworten auf Fragen zur Europapolitik zu bekommen. Ziel ist nicht nur Transparenz, sondern vielmehr, dass die Kandidat_innen sich von den Ideen der Bürger_innen inspirieren lassen.

Gemeinsam den Kurs für Europa aufzeigen

Vier Kandidat_innen haben sich zur Auswahl gestellt: Rebecca Harms, José Bové, Ska Keller und Monica Frassoni. Wenn man sich die Gesichter hinter diesen Namen

nicht vorstellen kann, so wird auch das Ziel der Primaries klar, handelt es sich doch bei den Meisten um gestandene EP-Abgeordnete: das Parlament näher an die Bürger_innen bringen. Doch wichtiger noch sind die Inhalte, welche sich mit diesen Namen verbinden. So ist Rebecca Harms in der Energiepolitik aktiv; Ska Keller, von der europäischen Grünen Jugend nominiert, setzt sich mit der Flüchtlingspolitik der EU auseinander und José Bové ist Agrarexperte, während Monica Frassoni ihr Spezialgebiet im Verfassungsrecht hat. Natürlich setzen sich die Kandidat_innen auch über ihre Themenfelder hinaus für grüne Ziele in Europa und weltweit ein. Doch können durch den Ausgang der Urwahl auch Zeichen gesetzt werden, welche Herausforderungen besonders aktuell sind. Und darüber sollen nun alle EU-Bürger_innen entscheiden.

Sicherlich: es handelt sich um ein Experiment. Aber Europa war von Anfang an ein solches und auch erfolgreich, wenn man den langen Weg aus den Trümmern des Krieges betrachtet. Nicht alles funktioniert reibungslos, doch vieles. Im Mai 2014 nun können alle Wähler_innen darüber entscheiden, welche Richtung Europa nehmen soll. Die Europäischen Grünen fangen schon heute damit an.

Jakob Höber, LAG Europa



Die vier Bewerber_innen für die grünen Spitzenplätze zur Europawahl: Monica Frassoni, Ska Keller, José Bové und Rebecca Harms

Auf einen Blick:

Wer sich über die Grünen Primaries informieren oder aktiv am Gestaltungsprozess mitwirken will, hat mehrere Möglichkeiten. Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Europa kommt alle zwei Wochen im Abgeordnetenhaus Berlin zusammen, um Fragen der Europapolitik zu diskutieren. Getroffen wird sich montags um 19 Uhr. Genauere Informationen können der Webseite der LAG Europa (gruenlink.de/nvd) entnommen werden, dort finden sich auch aktuelle Termine rund um die Primaries und die Europawahl 2014. Natürlich können auch interessierte Nichtmitglieder teilnehmen. Am 11. Januar 2014 findet die Live-Debatte der Kandidat_innen in Berlin statt. Auch hier sind alle interessierten Bürger_innen eingeladen. Schließlich gibt es die Möglichkeit, an den Online-Diskussionen teilzunehmen. Die genauen Termine finden sich auf der Webseite der LAG Europa oder unter den Suchwörtern Green Primary im Netz.

AUCH NACH DEM ENERGIETISCH-VOLKSENTSCHEID

Energiewende in Berlin geht nur von unten

600.000 Berlinerinnen und Berliner wollten am 03. November per Gesetz ein starkes Stadtwerk gründen und sind am Quorum gescheitert. Die demokratische Kultur in Berlin hat verloren durch die Termintrickserei des Senats, der eine Abstimmung am Bundestagswahltag verhindert hat. Verloren hat auch der Senat: seinem Aufruf, mit „Nein“ zu stimmen, sind nur 4,9 % der Wahlberechtigten gefolgt. Die große Mehrheit hat sich dagegen beim Volksentscheid wie in den Umfragen davor klar gegen den Kurs des Senats ausgesprochen.

Berlin stand am Sonntag an der Weggabelung und der Volksentscheid sollte klären, in welche Richtung es geht. Aber Berlin hat sich nicht für den Weg des Energietischen entschieden und es hat auch den Weg des Senats abgelehnt. Es war ein Volksentscheid ohne Entscheidung. 600.000 Berliner_innen – keine Partei hatte 2011 annähernd so viele Wähler – haben uns den Auftrag gegeben, einen anderen Weg zu finden.

Das Ergebnis als Auftrag zum Kompromiss verstehen

Deshalb haben wir Grüne im Parlament vorgeschlagen, dass wir uns jetzt parteiübergreifend mit den besten

Expert_innen und Praktiker_innen in der Stadt zusammensetzen, um einen Kompromiss zu finden. Wir verstehen den Volksentscheid als Auftrag, mal mit den üblichen Ritualen zu brechen. Wir wollen im Abgeordnetenhaus eine Kommission „Stadtwerke“ einsetzen, die ein vernünftiges Stadtwerk auf den Weg bringt. Sie soll vorschlagen, welche Projekte das Stadtwerk zuerst angehen und welche

Struktur es bekommen soll. Noch eine Aufgabe für diese Kommission: Öffentliche Gebäude dämmen, um die Energiekosten des Landes in den Griff zu kriegen und Arbeitsplätze im Handwerk zu schaffen.

Vom Energietisch bis zur IHK besteht doch Einigkeit, dass es eine Institution braucht, die den Klimaschutz in Berlin vorantreibt, die die Potenziale Berlins für die Energiewende endlich nutzt. Wir sollten gemeinsam ein Stadtwerk entwickeln, das diese Aufgabe übernimmt. Für diesen Vorschlag haben wir schon positive Resonanz im Parlament bekommen. So

könnte der Volksentscheid doch noch Gewinner_innen haben: uns alle.

Dieser Senat bewegt sich nur unter öffentlichem Druck

Klar ist aber auch: Erfolgreich wird das nur, wenn die Berlinerinnen und Berliner sich weiter für das Thema engagieren. Denn nur, weil 600.000 beim Volksentscheid mit „Ja“ gestimmt haben, bewegt sich der Senat. Vor fünf Jahren, 2008 hat die Berliner Umweltbewegung die Pläne zum Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Rummelsburg gekippt. Damals

ist es uns gelungen, einen öffentlichen Druck aufzubauen, dem Vattenfall nicht stand hielt. Der Regierende Bürgermeister, der bis zuletzt zu Vattenfall hielt, hat dann den Klimaschutz zur „Chefsache“ gemacht. Wenige Zeit später ließ er alle angekündigten Maßnahmen im Sande verlaufen. Energiewende und Klimaschutz in Berlin kommen nur voran, solange die Bürger_innen Druck machen.

Bitte engagieren Sie sich deshalb weiter für die Energiewende

Unterstützen Sie BürgerEnergie Berlin: Um das Stromnetz zurück in Bürger_innenhand zu holen und Überschüsse aus dem Geschäft direkt in die Energiewende zu investieren, hat sich die Genossenschaft BürgerEnergie Berlin im Konzessionsverfahren der Berliner Stromnetze beworben. Die Unternehmensform erlaubt es, gemeinsam wichtige Entscheidungen zu fällen, mit gleichem Stimmrecht – unabhängig davon, wie viel Geld eingelegt wurde. Beteiligen kann man sich schon ab 100 €: www.buerger-energie-berlin.de

Wechseln Sie zu einem Ökostromanbieter: Vier von zehn Haushalten in Berlin sind immer noch bei Vattenfall im Grundversorger-Tarif. Dabei ist 100 % Ökostrom oft günstiger als Vattenfall mit seinem Kohlestrom. Den Stromanbieter zu wechseln ist eine einfache Angelegenheit mit großer Wirkung, denn pro 1000 kWh können Sie der Atmosphäre ca. 470 kg CO₂ mit einem Wechsel ersparen. Die von den Umweltverbänden empfohlenen Stromanbieter finden Sie unter: www.atomausstieg-selbermachen.de

Michael Schäfer, MdA

Inhalt

- Seite 1:
- Wie weiter beim Tempelhofer Feld?
 - Neuköllner_innen im Gespräch
- Seite 2:
- Grüne Primaries für Europa
 - Nach dem Volksentscheid
- Seite 3:
- Keine Alternative für Europa
 - Minderheitenrechte im Bundestag
 - Impressum
- Seite 4:
- Willkommen in Neukölln
 - Spenden für Flüchtlinge
- Seite 5:
- Helfen statt abschnitten
 - Neukölln ist solidarisch
 - Hellersdorf hilft
 - Protest am Oranienplatz
- Seite 6:
- Zum Probejahr an Gymnasien
 - Beteiligung in Neukölln
- Seite 7:
- Kitapflicht hilft nicht weiter
 - Neues aus dem Abgeordnetenhaus
- Seite 8:
- Reformen statt Statistiken beschönigen
 - Mit dem Mindestlohn gegen die Krise

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...eigentlich alles. Ich möchte unbedingt hier bleiben.“
Gisela, 71 Jahre

Die AfD – keine Alternative für Europa

Mit einem deutlich anti-europäischen Kurs hat es die ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) bereits in diesem Jahr mit überraschendem Erfolg beinahe in den Bundestag geschafft und lag dabei mit 4,7 % nur knapp hinter der FDP, die immerhin seit 1949 im Bundestag vertreten war. Aber überraschte es wirklich?

Vielleicht überrascht es doch nicht so sehr, wenn man sich ihre populistische Kampagne gegen die Euro-Rettung und Kredite für südeuropäische Länder anschaut. Mit diesen Themen ist die AfD anschlussfähig an den seit einigen Jahren stark verbreiteten Diskurs der Mehrheitsgesellschaft, der von deutschem Chauvinismus und dem Bild des ‚faulen Griechen‘ geprägt ist. Damit trifft sie gerade bei der sogenannten ‚Mitte der Gesellschaft‘ genau den Nerv: Ihre Forderungen führen zu einem Rückschritt weg von europäischer Solidarität, zurück zum Nationalstaat, der vor allem seine eigenen wirtschaftlichen Interessen im Blick hat.

Renationalisierungspläne in allen Bereichen

Das lässt sich nicht nur in wirtschaftspolitischen Forderungen, wie dem Ausstieg aus dem Euro erkennen, sondern greift auch in alle anderen politischen Bereiche über. Die Forderung nach einem „Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild“ bedeutet nichts anderes, als Migrant_innen

einzig nach Ausbildungsgrad, Vermögen und der daraus resultierenden Nützlichkeit für deutsche Unternehmen zu bewerten. Mit der Entmachtung des Europaparlaments will die AfD der einzigen demokratisch legitimierte europäischen Institution die Gestaltungsmöglichkeit nehmen und stattdessen die Nationalstaaten durch eine alleinige Gesetzgebungskompetenz stärken. Der Rat der Regierungschefs ist aber schon jetzt mit seinem Geschacher um nationale Interessen immer wieder ein Hindernis für die europäische Integration.

So würde eine Umsetzung des AfD-Programms das politische Projekt Europa beenden und stattdessen eine reine Freihandelszone mit machtvoller Fassade zurückbleiben. Die Gefahr, die von einer Partei wie der AfD ausgeht, ist nicht, dass sie vielleicht ein paar Sitze im Europäischen Parlament bekommt. Vielmehr kann sie den gesellschaftlichen Diskurs zur Europawahl verändern, der bereits seit den Bild-Zeitungs-Kampagnen („Wir zahlen, sie pöbeln. Schmeißt die Griechen endlich aus dem Euro!“) stetig nach rechts gerückt ist.

Daraus resultiert für uns Grüne die klare Aufgabe, der AfD und anderen rechtspopulistischen Tendenzen mit einem deutlichen pro-europäischen und solidarischen Signal zur Europawahl entgegenzutreten und im öffentlichen Diskurs eine starke Stimme für ein menschliches und gerechtes Europa zu sein. Eine Stimme, die immer dann, wenn Populist_innen gegen Europa wettern, aufsteht und NEIN sagt zu Renationalisierung und Chauvinismus und JA zu Europa!

Europäische Verantwortung für morgen

Der fast 60-jährige Prozess friedlicher Einigung hat unser heutiges Bild von einem Europa, in dem zumindest Europäer_innen sich frei bewegen können, nicht nur geprägt, sondern überhaupt erst ermöglicht. Er bedeutet für uns eine Verantwortung, die darüber hinausgeht, den Status quo gegen rechtspopulistische Tendenzen in ganz Europa zu verteidigen. Wir streiten für ein solidarisches Europa, das Nationalstaaten hinter sich lässt.

Konkret heißt das für die Europawahl im Mai u.a.:

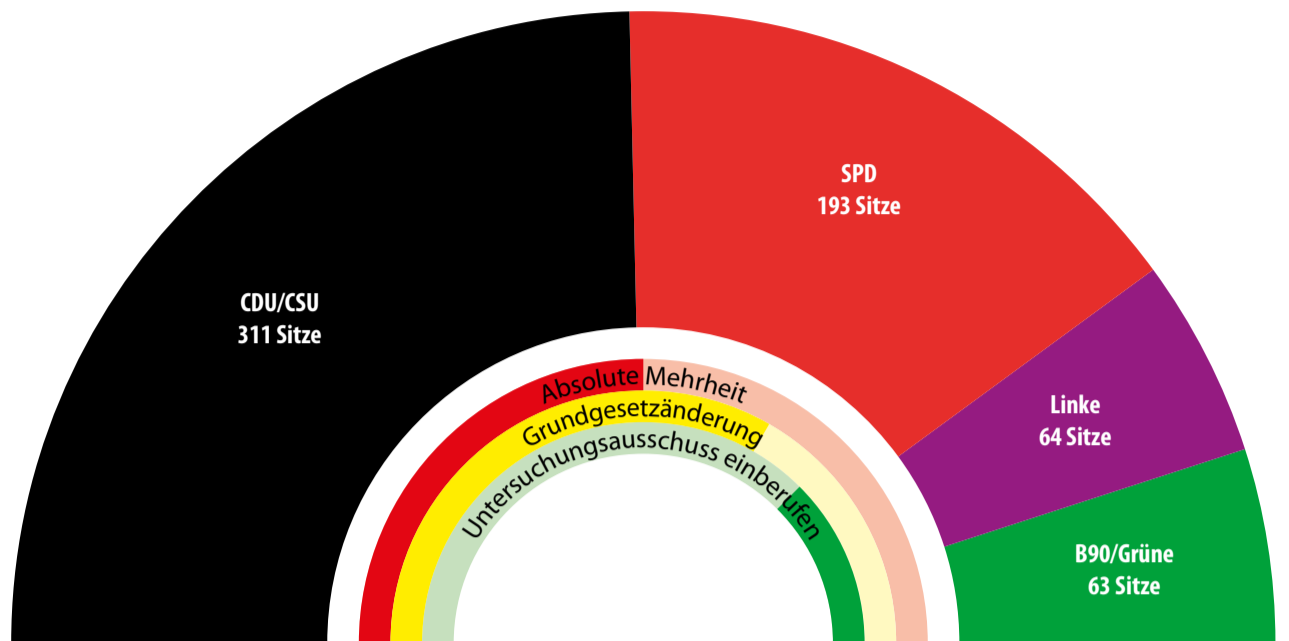
- Gemeinsam für eine Demokratisierung der Institutionen, vor allem durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments und der Mitbestimmungsrechte der Bürger_innen.
- Eine menschlichere Asylpolitik, die Dublin III und die Grenzschutzagentur Frontex abschafft, sowie eine menschenwürdige Behandlung Geflüchteter samt fairem Asylverfahren in ganz Europa.
- Eine Krisenstrategie, die auf echte Solidarität und Stärkung der südeuropäischen Länder setzt und sie nicht durch aufgezwungene Sparmaßnahmen immer weiter in die Rezession treibt!

In Zeiten, in denen Rechtspopulismus und nationalstaatlicher Chauvinismus auf Abstiegsängste der sogenannten Mittelschicht treffen, ist das keine leichte Aufgabe. Aber für uns als überzeugte Europäer_innen gibt es keine andere Antwort als ein mehr an Europa in Zeiten eines Rechtsrucks in den öffentliche Diskussionen und weltweiter Krisen. Dafür werden uns auch weiterhin einsetzen und gemeinsam mit anderen Europäer_innen werben.

Meike Berg, André Schulze

DIE GROSSE KOALITION UND IHRE FOLGEN

Minderheitenrechte garantieren: Für einen lebendigen Parlamentarismus



Wie sind die Mehrheiten und was ist damit machbar? Grafik: Kalle Erlacher

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 22. September war für uns Grüne enttäuschend. Mit 8,4 % der Zweitstimmen sind wir unter unseren Erwartungen und Möglichkeiten geblieben. Wir werden mit 63 Abgeordneten die kleinste von vier Fraktionen im Deutschen Bundestag stellen. Fest steht auch: Wir müssen uns auf vier weitere Jahre Opposition einstellen. Entscheidende Differenzen zwischen uns und der Union in zwei Sondierungsgesprächen wurden nicht aufgelöst. Deshalb fehlte aus unserer Sicht die Grundlage für Koalitionsverhandlungen mit der Union. Jetzt stehen alle Zeichen auf Große Koalition.

Was bedeutet aber eine Große Koalition mit 311 Abgeordneten der Union und 193 Abgeordneten der SPD, denen zwei Oppositionsfraktionen mit 64 Abgeordneten der Linken und 63 Grüne Abgeordnete gegenüber stehen, für die parlamentarische Arbeit des Bundestages?

Union und SPD werden über 79,9 % der Gesamtsitze verfügen. Ein Fünftel stellt die Opposition. Zwei-Drittel-Mehrheiten sind für die Große Koalition durch eigene Stimmenmehrheit jederzeit möglich. Das Stimmenungleichgewicht zwischen Regierung und Opposition hat sich im Vergleich zu der letzten Großen Koalition zwischen 2005 und 2009 mit nur 20,1 % deutlich zu Ungunsten der Opposition verschlechtert.

Die Kontrolle der Regierung muss gewährleistet sein

Dies trifft die Oppositionsarbeit im Kern. Eigentlich stehen der Opposition eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Verfügung. Zentrale Rechte sind allerdings durch das Grundgesetz, einfachgesetzlich und in der Geschäftsordnung des Bundestages an Voraussetzungen gebunden. Unter anderem existieren Quoren von 25 % oder einem Drittel für herausgehobene Minderheitenrechte, unerreichbar für eine Opposition aus Linken und uns. Die Opposition wäre bei diesen Mehrheitsverhältnissen dem Wohlwollen der Regierung ausgeliefert.

Im Interesse eines lebendigen Parlamentarismus muss es uns allen unabhängig von der Fraktionszugehörigkeit darum gehen, Minderhei-

tenrechte zu stärken und der Opposition die Aufgabe zu garantieren, die Regierung zu kontrollieren.

Undenkbar ist doch, dass für eines der zentralen parlamentarischen Instrumente, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der Opposition das nötige Quorum fehlt. Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs: Die Einsetzung einer Enquete-Kommission, das Verlangen einer Anhörung im Ausschuss oder die Einberufung des Bundestages wären nur mit Zustimmung der Regierung möglich. Allein die Vorstellung, wir wären bei Einsetzung der Untersuchungsausschüsse zu Gorleben, zu NSU, zu Euro Hawk oder Kundus auf die Regierungsfaktionen angewiesen gewesen. Unvorstellbar.

Ein Parlament ohne lebendige Debatten?

Neben dem „scharfen Schwert“ der Opposition, dem Untersuchungsausschuss, sind die Verteilung der Tagesordnungspunkte und Kernzeitdebatten von großer Bedeutung. Ohne eine faire Verteilung zwischen Regierung und Opposition sind lebendige Debatten im Parlament schwer vorstellbar. Würden die derzeit geltenden Redezeiten auf die neue 18. Wahlperiode und Situation übertragen, verstummte die Opposition im Plenum. Langezeit wäre vorprogrammiert. Denn in einer Plenardebatte von 30 Minuten würden nach bisheriger Regelung die Regierungsfraktion 24 Minuten das Wort schwingen. Jeder Oppositionsfraktion stünden ganze drei Minuten zu. Eine Plenardebatte würde in einen Monolog der Regierungsfaktionen ausarten. Für alle ein Alptraum.

Deshalb müssen zentrale parlamentarische Regeln und Übungen im Falle einer Großen Koalition verändert werden. Es gibt einfach ein Grundkanon an Oppositionsrechten, den eine Große Koalition in einer solchen besonderen Situation den beiden Oppositionsfraktionen nicht vorenthalten darf. Fest steht: Um Minderheitenrechte zu sichern, müssen Geschäftsordnung und andere gesetzliche Regelungen angepasst werden. Zentral sind das Recht auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, die Rechte auf

die Einberufung des Bundestages und das Verlangen nach einer Ausschusssanhörung. Das gilt auch für weitere Rechte der Abgeordneten, für die bisher die Zustimmung von einem Viertel oder einem Drittel des Plenums erforderlich war. Dies steht jeder Opposition unabhängig von Größe einfach zu. Außerdem muss die bisherige Redezeitvergabe allein nach Proporz überwunden werden. Ein Monolog der Regierung steht diametral einer lebendigen parlamentarischen Debatte im Parlament gegenüber.



Britta Haßelmann ist Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen Bundestagsfraktion

Die Opposition darf nicht vom Wohlwollen der Regierung abhängig sein

Auch die Verteilung der Tagesordnungspunkte gehört auf den Prüfstand. Die mediale Aufmerksamkeit fokussiert sich auf die Kernzeitdebatten im Bundestag. Tagesordnungspunkt 15 gegen 22 Uhr abends findet kaum öffentliche Aufmerksamkeit und Wirkung. Deshalb braucht es auch hier eine Verständigung. Vage Zusagen und Ankündigungen von Union und SPD zu den Minderheitenrechten reichen nicht aus. Wir wollen nicht abhängig sein vom „good will“ einer Großen Koalition. Es geht uns um verbrieft Rechte der Opposition. Deshalb konzentrieren wir uns in einem ersten Schritt auf die Änderung der Geschäftsordnung des Bundestags. Gleichzeitig wollen wir einfache Gesetze, wie das Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse, ändern.

Grundlage für ein gutes parlamentarisches Miteinander und ausgezeichnete parlamentarische Arbeit sind starke Minderheitenrechte. Es ist im Interesse des Deutschen Bundestages und aller Abgeordneten, gerade in Zeiten einer Großen Koalition dafür Sorge zu tragen. Das sehen hoffentlich alle so. Notfalls behalten wir uns als Fraktion natürlich auch rechtliche Schritte vor.

Britta Haßelmann

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...zu viele Drogen, zu viel Alkohol.“
Claudia, 31 Jahre

„Für mich ist Neukölln“
fragt Bürgerinnen und Bürger aus Neukölln nach ihrem Bild des Bezirks.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
NEUKÖLLN

Impressum:
Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Neukölln

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin

V.i.S.d.P.:
Annette Heppel
annette.heppel@gruene-neukoelln.de

Mitarbeiter_innen dieser Ausgabe:
Andreas Audretsch, Canan Bayram, Meike Berg, Mahi Christians-Roshani, Kalle Erlacher, Britta Haßelmann, Annette Heppel, Jakob Höber, Christian Hoffmann, Susanna Kahlefeld, Georg Kössler, Sofie Krotter, Susanne Lippert-Gulich, Michael Schäfer, André Schulze, Julia Sonnenburg, Sibylle Steffan, Bernd Szczepanski, Gabi Vonnckold, Bertil Wewer

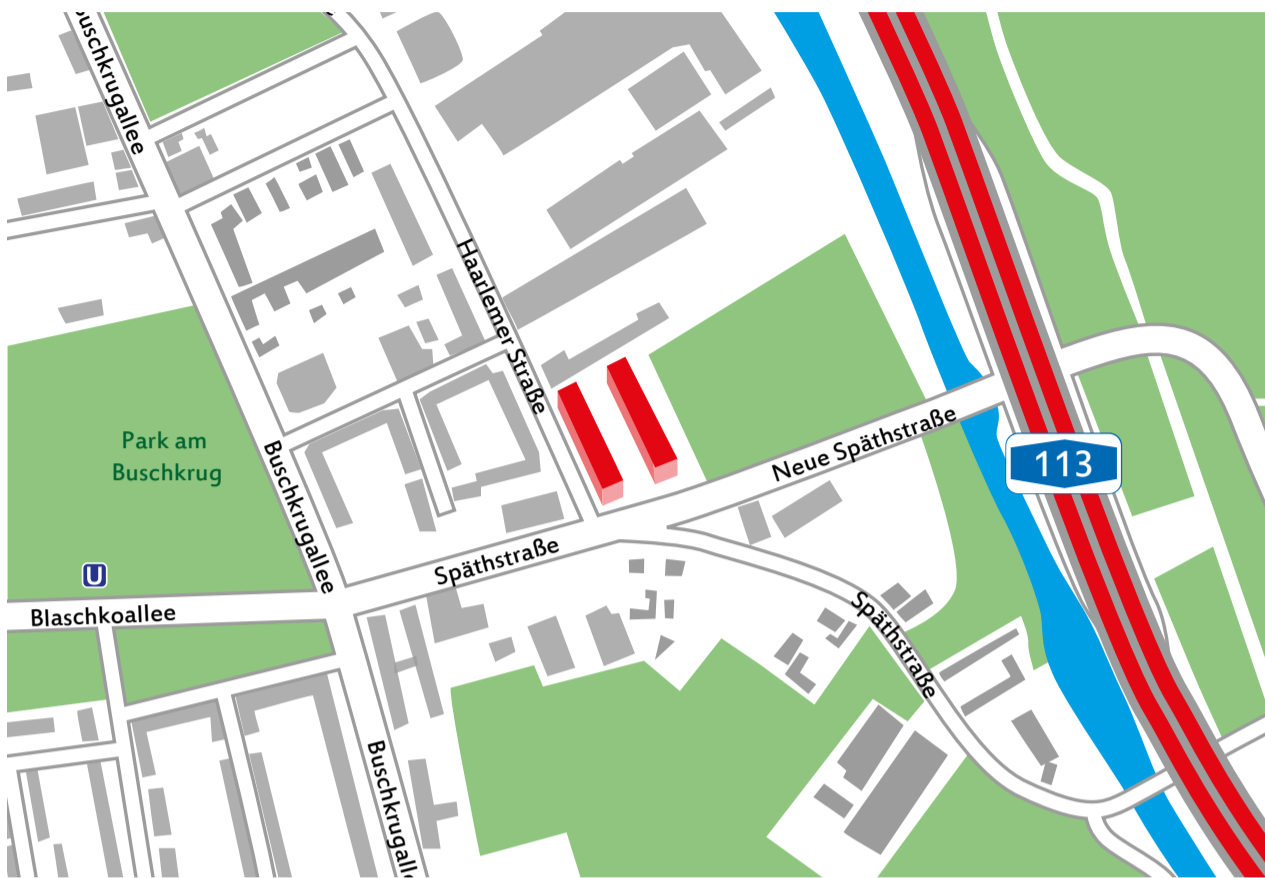
Layout:
Kalle Erlacher
kalle@kaerl.de

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt die/der jeweilige Autor_in die Verantwortung.

Druck:
Henke Pressedruck

Vorstandssprecher_innen:
Francisca Fackeldey francisca.fackeldey@gruene-neukoelln.de
André Schulze andre.schulze@gruene-neukoelln.de
Internet: www.gruene-neukoelln.de
E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

Flüchtlinge sind in Neukölln willkommen



Die Lage der geplanten Flüchtlingsunterkunft in Britz. Grafik: Kalle Erlacher

Seit aus der Informationsveranstaltung des Bezirksamtes von Marzahn-Hellersdorf zur Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße verstörende Bilder protestierender und gewaltbereiter Neonazis und Rechtsextremer über das Fernsehen und durch die Presse gingen, war ganz Berlin alarmiert. Es war erschreckend, in welcher Weise sie die Veranstaltung für ihre rassistischen und fremdenfeindlichen Ziele instrumentalisierten und offen mit Gewalt gegen Asylsuchende drohten.

In Neukölln wie in anderen Teilen der Stadt war allen klar, dass wir in Zusammenhang mit der geplanten Flüchtlingsunterkunft solchen Elementen keinen Raum geben und dafür sorgen müssen, dass die Hilfesuchenden in Neukölln eine sichere Wohnstätte und eine offene Haltung der überwiegenden Mehrheit der Neuköllner Bevölkerung vorfinden.

Zunächst einige Fakten

Alle Berliner Bezirke beteiligen sich entsprechend einer vom Rat der Bürgermeister_innen gebilligten Vorlage des Sozialsenators an der gesamtstädtischen Aufgabe der Unterbringung von Flüchtlingen. Für Neukölln sind 543 Menschen vorgesehen. Dabei wurden auch soziale Indikatoren berücksichtigt, wie z.B. ein hoher Anteil von Bezieher_innen staatlicher Sozialleistungen oder die große Anzahl von Notunterkünften für obdachlose Menschen im Bezirk.

Neukölln beherbergt zurzeit lediglich neun Asylsuchende und ist derzeit der einzige Berliner Bezirk, in dem so gut wie gar keine Flüchtlinge untergebracht sind. In anderen Bezirken leben bereits hunderte von

Menschen in Flüchtlingsheimen oder anderen Wohneinrichtungen, Lichtenberg nimmt mit fast 1.200 Betroffenen den Spitzenplatz ein. Die Statistik des Landesamts für Soziales und Gesundheit (LAGeSo, www.berlin.de/lageso) weist Anfang November für ganz Berlin Unterkunftsplatzkapazitäten von insgesamt ca. 7.300 Plätzen aus, denen ca. 7.700 Asylsuchende gegenüberstehen – mit steigender Tendenz. Diese Zahlen belegen, wie dringlich die Schaffung weiterer Kapazitäten ist.

Unser Bezirk verfügt über keine eigenen Flächen, die für diesen Zweck zur Verfügung stehen. Nachdem ein Gelände an der Kanalstraße in Rudow verworfen wurde, weil dieses dringend für den Neubau der Clay-Schule benötigt wird, konnte mit dem seit Jahren brachliegenden Grundstück der Firma Krieger in der Neuen Späthstraße in Britz ein Ort für eine Flüchtlingsunterkunft gefunden werden. Hier werden parallel zur Haarlemer Straße zwei Wohnblöcke für bis zu 400 Menschen errichtet. Allerdings steht das Gelände aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Senat und dem Grundstückseigentümer, der Firma Krieger, nur bis zum 31.12.2015 zur Verfügung, so dass Eile geboten ist, wenn sich die hohen Investitionen in diese Gebäude einigermaßen rechnen sollen.

Ein Beschluss der Neuköllner BVV-Mehrheit von SPD und CDU, die Gebäude auf dem östlichen Teil der Fläche, nahe dem Teltowkanal und der Autobahn, zu platzieren,

wurde im Oktober vom Senat aufgrund der Mehrkosten abgelehnt. Daraufhin kam es zu einer Einigung zwischen Senatsvertreter_innen und Bezirksamt, den hinteren Baukörper nach Osten zu verschieben, um in dem Zwischenraum eine breitere Fläche für den Aufenthalt der

Bewohner_innen sowie Kinderspielplätze zu ermöglichen. Die dadurch verursachten Planungsänderungen werden zu einer Verzögerung führen, so dass ein Bezug nicht wie vorgesehen

Anfang Februar sondern eher Anfang März 2014 erwartet wird.

Rechte Hetze verfängt hier nicht

Inzwischen hetzt die NPD im Internet und an Straßenständen weiter gegen die Hilfesuchenden aus anderen Ländern. Wenn bei einer Neuköllner Gesamtbevölkerung von ca. 320.000 Menschen nunmehr 400 Flüchtlinge erwartet werden, ist das Motto ihres Protests „Britz soll deutsch bleiben“ an Absurdität nicht mehr zu überbieten – wie ja auch die gesamte übrige Dumpfpropaganda aus der rechte Ecke.

Die Neuköllner_innen lassen sich davon jedoch nicht ins Bockshorn jagen. In mehreren Aktionen haben Bürgerinnen und Bürger deutlich gemacht, dass sie diese Parolen ablehnen und sich für die neuen Nachbar_innen einsetzen werden. Auch die Neuköllner BVV hat in einer einstimmig gefassten Entschließung bekräftigt, dass Flüchtlinge in Neukölln willkommen sind.

Bereits Mitte September fand eine außerordentlich gut besuchte Veranstaltung der Bürger_inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ in der Fritz-Karsen-Schule statt. Über 500 Teilnehmer_innen bekundeten mehrheitlich ihre Unterstützung für die Unterkunft und den Willen, den Rechten entgegen zu treten.

Am 10. Oktober lud die Diakonie Britz die Bewohner_innen ihrer Wohnanlage in der Buschkrugallee

zu einem Informationsabend ein. Auch hier konnten die Podiumsteilnehmer_innen viele – wenn auch nicht alle – Fragen beantworten und der Angstmache durch Sachinformationen erfolgreich entgegen treten.

Das Bezirksamt hatte die unmittelbaren Anwohnerinnen und Anwohner zwischen Buschkrugallee und Haarlemer Straße am 13. November persönlich/schriftlich in das OSZ Informatik und Medizintechnik eingeladen. Von ca. 570 Eingeladenen kamen leider nur etwa 100, denen ausführlich Gelegenheit gegeben wurde, ihre Befürchtungen, Sorgen oder Fragen zu äußern. Hier war eine skeptische Grundstimmung zu spüren, die vor allem darauf gegründet war, dass man die Anlieger_innen nicht vor einem Bebauungsbeschluss informiert hatte. Viele waren überzeugt, dass es dann nicht zu einer Nutzung des Geländes gekommen wäre, was die anwesenden Vertreter_innen des Bezirksamts – Bürgermeister Buschkowsky, Stadträtin Giffey (Bildung, Schule Kultur und Sport), Stadtrat Liecke (Jugend und Gesundheit) sowie Stadtrat Szczepanski (Soziales) – unter Hinweis auf die Rechtslage verneinten. Wenn auch bei vielen eine große Portion Skepsis verblieb, ist festzustellen, dass sich auch aus der Anwohner_innenschaft Stimmen erhoben, die die Ansiedlung von Flüchtlingen begrüßten.

Zu einer eher ruhigen Diskussion trug auch der Umstand bei, dass sich die Situation sowohl in Hellersdorf als auch in anderen Bezirken nach der anfänglichen Aufregung inzwischen beruhigt hat und an keinem der Orte ein Anstieg von Verlärmung, Vermüllung oder gar Kriminalität zu verzeichnen ist, was sowohl der anwesende Polizeivertreter als auch der Heimbetreiber und Mitglieder der „Initiative Hellersdorf hilft“ bestätigen konnten.

Ende November findet ein von der Diakonie Britz organisierter Runder

Tisch mit Vertreter_innen der umliegenden Geschäfte und Unternehmen statt.

Viele Neuköllner_innen wollen helfen

Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass sich bereits ein großes Unterstützer_innenbündnis in Neukölln formiert: migrantische Organisationen (z.B. TdZ, DAUG, DAZ, Al-Huleh), die umliegenden Kirchengemeinden, die Diakonie, die Falken, der Interkulturelle Treffpunkt „Impuls“, Lehrpersonal und Schüler_innen benachbarter Schulen, das THW, die Bürger_inneninitiative der Hufeisensiedlung, Aktionsbündnisse gegen rechts, Parteien und viele andere signalisieren Hilfsbereitschaft und haben schon mit der Sammlung von Unterstützungsangeboten begonnen. Diese beziehen sich zum einen auf persönliche Kontakte, Beratung, Sprachvermittlung, Raumangebote für Aktivitäten, zum andern besonders auf die Betreuung und Begleitung von Kindern. Die Erfahrung aus anderen Bezirken zeigt, dass 40-50 % der Bewohner_innen im Kinder- und Jugendalter sind. Von ihnen sind viele durch Kriegserlebnisse und Gewalt traumatisiert und brauchen Zuwendung und Kontakt. Es wird auch eine anspruchsvolle Aufgabe für die Verantwortlichen im Bezirk sein, den Schulbesuch der Kinder und die sprachliche Vorbereitung darauf zu organisieren.

Im Januar wird es weitere Unterstützer_innentreffen geben. Wenn dann klarer ist, aus welchen Herkunftsländern die künftigen Bewohner_innen an der Neuen Späthstraße kommen, werden die Hilfen konkretisiert und die Ressourcen koordiniert.

Bernd Szczepanski,
Stadtrat für Soziales



Foto: Oliver Münchhoff

„Mein Ziel ist es, Neukölln lebenswert zu erhalten für alle seine Bewohner_innen. Alte Menschen, Menschen mit Behinderungen oder sozial Benachteiligte gehören selbstverständlich dazu – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung oder Weltanschauung.“

Bernd Szczepanski,
Stadtrat für Soziales

Spendenkonto Flüchtlingshilfe:

Wer die Flüchtlinge finanziell unterstützen möchte, kann z.B. hier spenden:

Internationale Liga für Menschenrechte (www.ilmr.de)
Verwendungszweck: Lampedusa Berlin
Bank für Sozialwirtschaft
Kontonr.: 331 71 05
BLZ: 100 205 00

Asyl in der Kirche e.V. Berlin (www.kirchenasyl-berlin.de)
Verwendungszweck: Lampedusa in Berlin
Pax-Bank eG
Kontonr.: 601 006 90 15
BLZ: 370 601 93
IBAN: DE64 3706 0193 6010 0690 15
BIC/Swift-CODE: GENODED 1PAX

Das Geld wird benötigt für Dinge des täglichen Lebens sowie Medikamente, Anwaltskosten etc. Spenden sind steuerlich absetzbar, es werden auf Wunsch gern Spendenbescheinigungen ausgestellt.

Unter der Federführung der Abteilung Soziales werden sich verschiedene Abteilungen des Bezirksamts an der Unterstützung für die Flüchtlinge beteiligen. Auch verschiedene Initiativen, Institutionen, Vereine, Kirchengemeinden und Einzelpersonen haben sich schon jetzt bereit erklärt, die Bewohner_innen der Unterkunft zu begleiten und zu helfen. Wer die Flüchtlinge persönlich unterstützen möchte, kann z.B. während der Bürger_innensprechstunde von Sozialstadtrat Bernd Szczepanski genaue Informationen zu den verschiedenen Möglichkeiten

und Anlaufstellen dafür erhalten. Die nächste Sprechstunde ist am 11. Dezember 2013 um 13 Uhr im Big Ben Büro im Haus des Älteren Bürgers (Werbellinstr. 42, 12052 Berlin). Auch telefonisch (030/90 239 22 41) und per Email (soziales@bezirksamt-neukoelln.de) kann mit dem Büro des Stadtrats Kontakt aufgenommen werden. Auf der Website der Abteilung Soziales stehen auch eine Broschüre mit Informationen über die Unterbringung von Asylsuchenden in Neukölln sowie weiterführende Links bereit: gruenlink.de/o4e

NeuköllnerInnen sind solidarisch mit Flüchtlingen

Entgegen den Erwartungen unseres Bürgermeisters Heinz Buschkowsky und seiner SPD-Fraktion in der BVV von Neukölln erweisen sich die NeuköllnerInnen und Neuköllner als hilfsbereit und weltoffen. Schon in der ersten großen Versammlung in der Fritz-Karsen-Schule zeigte sich, dass die zukünftige Flüchtlingsunterkunft in Britz mehr Solidarität als Protest auslöst.

Am 13. November gab es eine Infoveranstaltung des Bezirksamts für die direkten Anwohner_innen, von denen der Bürgermeister beklagt hatte, dass sie in der ersten Veranstaltung ihren Unmut gegen die Flüchtlingsunterkunft nicht ausdrücken konnten. In der Veranstaltung zeigte sich allerdings, dass diese Anwohner_innen keineswegs strikte Gegner_innen der Flüchtlingsunterkunft sind. In der gut moderierten Veranstaltung, in der wirklich jede_r eigene Bedenken ausdrücken konnte, waren die Kritikpunkte die mangelnde Einbeziehung der Bürger_innen in die nicht sehr wirtschaftlichen Planungen, Sorgen vor Lärm und anderen Belästigungen und Angst vor rechten Aufmärschen. Andererseits kam aber auch deutlich zum Ausdruck, dass die Menschen, die da kommen werden, mit ihren schweren Schicksalen nicht abgelehnt werden, im Gegenteil, viele Anwohner_innen machen sich echte Sorgen um das Wohlergehen der Flüchtlinge.

Inzwischen formieren sich Unterstützer_innenkreise und viele Gruppen und Organisationen bieten Hilfe an: Sachspenden werden bereits gesammelt, Angebote für die Kinder und Jugendlichen vorbereitet, Sprachkurse und Begleitung für die Neuankommlinge geplant. Gemeinsame Aktivitäten und Feste von Einheimischen und Flüchtlingen sollen eine gute Nachbarschaft in gegenseitigem Verständnis und Respekt schaffen.

Wir Grünen, allen voran Sozialstadtrat Bernd Szczepanski, haben von Anfang an darauf gesetzt, die Neuköllner_innen einzubeziehen und zu beteiligen, Probleme in Gesprächen zu bearbeiten und für Verständnis und Mitmenschlichkeit zu werben. Dies ist aufgegangen. Neukölln kann stolz sein auf seine Bürger_innen, die sich nicht von der Not anderer abwenden, sondern solidarisch sind.

Gabi Vonnekold, Vorsitzende der Grünen BVV-Fraktion

NEUAUSRICHTUNG DER FLÜCHTLINGSPOLITIK ENDLICH BEGINNEN

Schutz gewähren statt abschotten

Die Bilder von Hunderten toter Menschen vor der Küste Lampedusas haben ein Problem in die mediale Öffentlichkeit zurückgeholt, das seit Jahrzehnten besteht. An den Grenzen Europas sterben Jahr für Jahr Hunderte, gar Tausende Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben oder Schutz vor Verfolgung. 19.000 sollen es in die letzten 20 Jahren nach Schätzungen gewesen sein.

Diesen Zustand müssen wir endlich beenden, denn der Zugang zu einem fairen Asylverfahren ist Grundlage für das Menschenrecht auf Asyl.

Wir Grünen setzen uns für eine konsequente Neuausrichtung der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik ein. Europa muss davon wegkommen, Geflüchtete als Bedrohung zu betrachten, die es abzuwehren gilt. Denn daraus entsteht die aktuelle Politik, die Tote billigend in Kauf nimmt, da sie Flüchtlinge durch eine immer schärfere Abschottungspolitik zu immer gefährlicheren Fluchtrouten zwingt, vor allem bei der Überfahrt über das Mittelmeer.

Stattdessen muss an erster Stelle endlich der Schutz der Menschen stehen, die an die europäischen Grenzen kommen und vor Verfolgung, Hunger und Krieg in ihren Heimatländern geflohen sind. Im übrigen handelt es sich hierbei nicht selten um Länder, die durch eine lange Kolonialgeschichte geprägt sind und die von der europäischen Wirtschaftspolitik immer noch als reine Rohstofflieferanten betrachtet werden, die es in Abhängigkeit zu halten gilt.

Die Europäische Union hat eine Verantwortung, den Geflüchteten Schutz zu bieten und sie menschenwürdig zu behandeln.

Abschottung am Mittelmeer beenden – Seenotrettung statt Frontex

Besonders gravierend ist die Problematik der Abschottung am Mittelmeer, wo jährlich Tausende Menschen auf Überfahrten ihr Leben riskieren. Denn dort hat die europäische Grenzschutzagentur Frontex gemeinsam mit Mitgliedsstaaten ein menschenverachtendes Grenzregime aufgebaut.

So wird frühzeitig versucht, Flüchtlingsboote abzuwehren und sie in gefährlichen Manövern auf hoher See zum Umkehren zu zwingen,

regelmäßig auch in Kooperation mit Drittstaaten wie Libyen, die die Menschen aus den Booten dann aber nicht aufnehmen, sondern sie ohne Asylverfahren direkt wieder in ihre Heimatländer transportieren.

Wir Grünen fordern ein Ende solcher Praktiken ebenso wie die Aufhebung italienischer Gesetze, die Kapitäne wegen Schleusertum bestrafen, falls sie Flüchtlinge aus Seenot retten. Offenkundiger kann man den

Tod von Menschen kaum in Kauf nehmen und das Recht auf Asyl mit Füßen treten.

Denn von der Möglichkeit, dieses Recht einzufordern, werden Menschen so auf brutalst mögliche Weise

abgehalten. Dieser Verletzung internationaler Pflichten zur Seenotrettung darf die EU nicht weiter tatenlos zusehen, sondern muss die Umsetzung der Seenotrettung mit starken und verbindlichen Regeln für alle Mitgliedsstaaten endlich gewährleisten.

Solidarität mit den Geflüchteten und zwischen den Mitgliedsstaaten

Gleichzeitig dürfen die anderen Mitgliedsstaaten die EU-Mittelmeeraanrainer aber in der Frage der Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden aber auch nicht alleine lassen. Genau dies geschieht aber mit dem Dublin III-System, das als zentralen Aspekt beinhaltet, dass Geflüchtete nur in dem Land Asyl beantragen dürfen, in dem sie das erste Mal europäisches Gebiet betreten. Ein Blick auf die Karte Europas lässt schnell erkennen, das ein wirtschaftlich starkes und bevölkerungsreiches Land wie Deutschland sich damit aus der Verantwortung stiehlt, da es praktisch unmöglich ist, ohne Transfer durch ein anderes EU-Land Deutschland zu erreichen. Im selben Augenblick werden die Staaten am Mittelmeer wie Italien und Griechenland mit der Verantwortung für die Geflüchteten alleine gelassen. Deshalb fordern wir eine sofortige Abschaffung des Dublin-Systems. Stattdessen sollen Geflüchtete selbst wählen können, in welchem Land sie Asyl beantragen wollen. Dies muss einhergehen mit der Gewährleistung eines fairen und selbstbestimmten Asylverfahrens und Lebens im neuen Land. Dazu gehören in Deutschland u.a. die Abschaffung

des Arbeitsverbots, der Residenzpflicht und eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen.

Genauso müssen sich die EU-Staaten in Krisensituationen wie dem Bürgerkrieg in Syrien umfassend dazu verpflichten, mehr Geflüchtete aufzunehmen und sich stärker am Resettlement-Programm der UNHCR beteiligen. Es kann nicht sein, dass über zwei Millionen Geflüchtete in den Nachbarländern Syriens vornehmlich in Flüchtlingslagern leben und Deutschland der Meinung ist, mit der Aufnahme von 5.000 syrischen Geflüchteten sei unsere Verantwortung erfüllt.

Wir wollen außerdem die unsägliche Eurodac-Datenbank, in der die Fingerabdrücke aller Asylsuchenden in der EU gespeichert sind, abschaffen. Sie unterstellt Asylsuchenden per se kriminelle Handlungen und soll demnächst sogar noch von der Polizei zur Verbrechenbekämpfung genutzt werden können. Das ist für uns völlig inakzeptabel.

Legalen Zugang zum Asyl ermöglichen

Doch über diese Maßnahmen hinaus gehend fordern wir Grünen, endlich Schutzsuchenden mehr legale Einreisemöglichkeiten zu geben. Sie müssen die Chance haben, auf legalem Weg nach Europa einzureisen, um dort Asyl zu beantragen. Denn nur so können wir zum Einen verhindern, dass Menschen sich auf die gefährvolle Reise über das Mittelmeer machen müssen, und zum Anderen Schlepperbanden von dieser Not profitieren und die Geflüchteten auf ihrer Reise nach Europa ausbeuten können.

Wir Grünen fordern ein humanitäres Visum für Schutzsuchende, das diesen gefährlosen Weg für Flüchtlinge nach Europa ermöglicht. Bereits jetzt die Möglichkeit humanitärer Visa im Visa-Kodex der EU vorgesehen. Deutschland und die anderen Mitgliedsstaaten müssen aber endlich von dieser Regelung Gebrauch machen.

Wir werden mit diesen Forderungen und einem klaren Bekenntnis zum Schutz von Asylsuchenden in die kommende Europawahl gehen. Denn dort steht auch die bisherige menschenverachtende Asylpolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten zur Abstimmung.

André Schulze

HELLERSDORF HILFT. Aufstehen gegen Rassismus

Es begann als Facebook-Gruppe vor vier Monaten. Entsetzt über die rechtsextremistischen Ausfälle auf der öffentlichen Informationsveranstaltung des Bezirks Marzahn-Hellersdorf zur Flüchtlingsunterkunft in der dortigen Carola-Neher-Strasse beschlossen engagierte Anwohner_innen, dem entschlossen und deutlich sichtbar entgegenzutreten. Sie schrieben einen offenen Brief an den Bezirksbürgermeister, starteten eine Online-Petition zur Unterstützung für das Heim, die binnen eines Tages über 10.000 Unterschriften erreichte, sie organisierten antirassistische Kiezspaziergänge, Kundenauftritte sowie eine erfolgreiche Helfer_innenkonferenz – und kümmern sich persönlich darum, dass die Hilfe bei den neuen Mitbürger_innen ankommt. Auch von anonymen Gewaltdrohungen gegen eine ihrer Aktiven ließen sie sich nicht abschrecken.

Vorbild für Zivilcourage

Es ist als mehr als verdient, dass die überparteiliche Initiative „Hellersdorf hilft e.V.“, in der sich Bürger_innen und lokale zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengeschlossen haben, dafür Ende Oktober mit dem renommierten „Preis für Zivilcourage gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus“ ausgezeichnet wurde. Dieser Preis wird jährlich vom Förderkreis „Denkmal für die ermordeten Juden Europas e.V.“ verliehen, das Preisgeld von 3.000 € wird ebenfalls der Unterstützung für die Flüchtlinge zugute kommen und dabei helfen, ihnen das Gefühl zu geben, willkommen und aufgehoben zu sein, sich in ihrer neuen Umgebung zurecht finden zu können und die wenigen Rechte, die sie haben, zu schützen. Denn Menschlichkeit und Nächstenliebe steht bei „Hellersdorf hilft“ an oberster Stelle. Unabhängig vom Pass.

Ausführliche Informationen und den direkten Kontakt zu „Hellersdorf hilft“ gibt es online unter www.hellersdorfhilft.wordpress.com.

Ehrenamtliche Helfer_innen und andere Interessierte können sich auch im Büro von Polis*, der bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf (Alice-Salomon-Platz 3, 12627 Berlin, E-Mail: polis@stiftung-spi.de), melden.

Annette Heppel

FLÜCHTLINGSCAMP AM ORANIENPLATZ

Der Protest geht weiter

Die letzte Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung in Friedrichshain-Kreuzberg am 27. November begann ungewöhnlich: Als die Verordneten in den BVV-Saal wollten, war dieser besetzt von Flüchtlingen und deren Unterstützer_innen. Anlass waren die Ereignisse der vorangegangenen Tage: Am Sonntag zuvor konnten die Flüchtlinge aus dem Protestcamp vom Oranienplatz, die dort seit über einem Jahr unter schwierigen Bedingungen und großen Entbehrungen für ihre Menschenrechte protestieren, endlich in eine

festen Unterkunft für den nahenden Winter umziehen.

Angesichts der sinkenden Temperaturen und der gesundheitlichen Auswirkungen der Strapazen, die diese Menschen bereits durchgemacht haben, wurde es auch höchste Zeit dafür. Ein besonderer Dank gilt dabei dem Caritasverband, der die neue Unterkunft bereitgestellt hat. Das Bezirksamt und die Grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann, die das Protestcamp gegen jeden noch so großen Druck von verschiedenen Seiten und insbeson-

dere von CDU-Innensenator Henkel seit seinem Bestehen ‚geduldet‘ (so die offizielle Bezeichnung im Amtsdeutsch) und immer unterstützt haben, können weiteres Wohnen und Schlafen bei Minustemperaturen auf dem Platz schon allein aus gesundheitlichen Gründen nicht verantworten.

Daher war auch mit den Flüchtlingen der Abbau der Schlafzelte vereinbart worden. Bevor es dazu kam, trafen jedoch neue Flüchtlinge auf dem Platz ein. Die Zelte waren also nicht wie erwartet unbewohnt und

Bezirksbürgermeisterin Herrmann sagte daher umgehend den geplanten Abbau wieder ab. Senator Henkel hatte daraufhin nichts Besseres zu tun als damit zu drohen, den Platz selbst räumen zu lassen, wenn der Bezirk dies nicht bis zum 16. Dezember tue. In der Folge kam es zu starken Protesten vor Ort und später in der BVV. Das zuständige Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg setzt jedoch auch hier weiterhin auf das erfolgreiche Prinzip von Deeskalation und Kommunikation: Ein Abbau der Schlafzelte wird nur im

Einvernehmen mit den Betroffenen erfolgen.

Für einen ständigen Informationspunkt auf dem Oranienplatz hat der Bezirk eine unbefristete Genehmigung erteilt. Denn der Protest gegen die geltende anachronistische und unmenschliche Asyl- und Aufenthaltsgesetzgebung muss und wird weitergehen, solange nicht endlich die Menschen, die auf ihrer beschwerlichen Flucht vor Krieg, Hunger und Verfolgung zu uns kommen, in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden.

Annette Heppel

DAS PROBEJAHR AM GYMNASIUM

Zerreißprobe für Eltern und Schler_innen

Dass Schler_innen die Probezeit am Gymnasium vielleicht nicht erfolgreich durchlaufen, ist leider keine wirklich neue Nachricht. Neu ist aber das Probejahr, eine Halbzeitverlngerung, die den „gefährdeten“ Schler_innen die Chance geben soll, sich zu verbessern. Eine Folge der Schulreform, wie das Zusammenlegen von Hauptschule und Realschule. Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass „mehr den Schler_innen zur Verfügung stehende Zeit“ garantiert ein positives Ergebnis erzielt. Wären im zweiten Halbjahr nicht die vielen, vielen freien Tage, sodass die Realität und das gewünschte Ergebnis leider doch ein anderes ist. Im Februar 2012 wurden im Schulausschuss 100 Rcklufer_innen prognostiziert und 124 von insgesamt 1046 angemeldeten Schler_innen haben letztlich die Probezeit nicht bestanden. Auch im Schuljahr 2012/13 wurden nach Erhalt des Halbjahreszeugnisses ca. 100 Rcklufer_innen prognostiziert und dies bewahrheitet sich auch. Trotz Fördermaßnahmen. Warum das so ist, wird seitens der Schulen nicht erörtert, ist aber eine Forderung der Grünen Fraktion.

Lerndefizite, soziale Unangepasstheit, Beratungsresistenz der Eltern seien die Gründe

Das Bezirksamt gibt an, dass Lerndefizite in den Hauptfächern, Beratungsresistenz der Eltern wie auch „soziale Unangepasstheit“ eine Rolle spielten. Eltern meldeten ihr Kind entgegen der Frderprognose auf dem Gymnasium an. Mit einem Durchschnitt, der niedriger als 3,0 sei. Das ist das gute Recht der Eltern, denn seit dem Wegfall der Frderprognose können sich auch Schler_innen

ohne Gymnasialempfehlung auf dem Gymnasium anmelden. Im Schuljahr 2013/14 haben sich insgesamt 682 Schler_innen am Gymnasium angemeldet, wovon 505 einen Schnitt von 2,5 bis 2,9 haben und lediglich 11 Schler_innen einen Schnitt von 3,0 bis 3,5. Zu erwarten sind weniger Rcklufer_innen als in den Jahren zuvor. Wir werden erfahren, was das Bezirksamt genau mit „sozialer Unangepasstheit“ meint, denn die Grüne Fraktion macht in Form von Kleinen und Großen Anfragen wie auch Anträgen kontinuierlich und konsequent die Bezirksverordnetenversammlung auf das Thema aufmerksam.

Start in die 7. Klasse – Ungleiches könnte es nicht sein

So hat die Grüne Fraktion mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass ungleiche Startbedingungen für Grundschler_innen existieren. Es scheint, dass Grundschulen im Norden bezüglich des Erwerbs von Grundbildung nicht mit Grundschulen im Süden verglichen werden können, was nicht abwertend gegenüber der Lehrer_innenschaft gemeint ist. Es ist eine Tatsache, dass an Nordneukllner Grundschulen weniger Frderprognosen für das Gymnasium ausgesprochen werden als im Süden.

Natürlich bestehen in Englisch große Defizite, wenn über ein Jahr an der Grundschule aufgrund des Unterrichtsausfalls kein Englischunterricht stattgefunden hat. Den Preis zahlen die Kinder, weil sich die Defizite

spätestens in der 7. Klasse bemerkbar machen und sie das Probejahr nicht bestehen. Künftig werden sie in reinen Rcklufer_innenklassen der Sekundarschule unterrichtet. In einem älteren Artikel einer Tageszeitung werden die Rcklufer_innen „frustrierte Schler_innen“ genannt, die das Tagesgeschäft aufgrund der neuen Konstellation aufhalten und erschweren würden.

Rcklufer_innenklassen

Sie werden von anderen Schler_innen „Looserklassen“ genannt und in Neukölln wurden für den Jahrgang 2011/12 zwei an der Alfred-Nobel-Schule und zwei an der Zuckmayer-Schule eingerichtet. Letztere hatte 2012 die höchste Anzahl an Schulbrecher_innen zu vermelden, positive Resonanz kommt von der Alfred-Nobel-Schule, in der sich die Rcklufer_innen wohl fühlen.

Reduzierung von Rcklufer_innen

Unsere Fraktion ist der festen Überzeugung, dass mit den entsprechenden Lernfrdermanahmen die Anzahl der Rcklufer_innen reduziert werden kann.

Um welche Lerndefizite handelt es sich? Wie kann die mündliche Beteiligung der Schülerin/des Schülers gesteigert werden, wenn Schüchternheit die Oberhand gewinnt und damit die Gesamtzensur maßgeblich beeinflusst wird? Müssen Lernlcken geschlossen werden oder nur themen-

bezogene Fragen? Bestehen Rechschreibschwierigkeiten? Es bedarf einer genauen Feindiagnostik und eines Handlungskonzepts, das auf Erfolg ausgerichtet ist. Mit der Aussicht auf Einfließen der Verbesserung in die Gesamtnote.

Im Interesse der Neuköllner Schler_innen

Es ist ein Muss, sich der heterogenen Schler_innenschaft anzunehmen. Erst recht, wenn die häusliche Unterstützung nicht garantiert werden kann. Eltern wird der Vorwurf der Bildungsferne gemacht, wie viele andere negative Zuschreibungen getätigt werden, die die Schler_innenschaft demotivieren, weil sie den Rucksack einer Migrationsgeschichte tragen, obwohl sie Berlinerinnen und Berliner sind. Neuköllner Kinder, die den Ehrgeiz haben, das Gymnasium zu besuchen, und den Widrigkeiten standhalten, sich nicht entmutigen lassen wollen.

Lernmotivation – Spaß am Lernen – mit Kritik umgehen können

Es kommt auf die Verpackung an. Wenn die Ursache für eine „schlechte Note“ ganz genau beleuchtet und hinterfragt wird und das auf Augenhöhe, ohne eine ganze Persönlichkeit oder den Bildungshintergrund der Eltern in Frage zu stellen, dann kann man sicher sein, dass Schler_innen aus „Fehlern“ lernen und eigenverantwortlicher werden. Von den jeweiligen Schler_innen aus denkend eine Lernstrategie entwickeln führt zum Erfolg. Jede unbewusste negative Zuschreibung ist absolut fehl am Platz und führt zu falschen Schlüssen.

Wegweisend und irreführend zugleich – die Frderprognose

2012/13 haben von 132 Schler_innen etwa 50 %, die eine Empfehlung für die Sekundarstufe erhielten, das Probejahr bestanden. Nicht allein die Frderprognose ist entscheidend, sondern Kompetenzen, die in der Grundschule erworben werden.

Kein „Aussortieren“ von Schler_innen

Ab dem Schuljahr 2014/15 gilt: Ab einem Durchschnitt von 3,0 gibt es für künftige Siebtklssler_innen ein verbindliches Beratungsgespräch bei der Erstwunschschule und diskutiert wird derzeit auch die Einführung eines Eignungstests, den es bisher nur für Schler_innen gibt, die in eine Schnelllufer_innenklasse (ab Klasse 5) der Albrecht-Dürer-Schule wollen. Hier wird im Vorfeld aussortiert und Talente werden nicht erkannt werden können.

Chancengleichheit erhöhen – Benachteiligungen von Schler_innen vermindern

Durch die mögliche Einführung eines Eignungstests würde aufgrund der ungleichen Lernvoraussetzungen an den Grundschulen der Bildungsaufstieg von Schler_innen aus sozial benachteiligten Familien sehr erschwert. Es scheint, dass Lerndefizite bei Schler_innen immer und ausschließlich auf die Elternschaft, die soziale Herkunft und den Bildungsstand zurückfallen, nicht zuletzt auf die Schler_innen, niemals aber auf die Schule und da liegt der Hund begraben.

Mahi Christians-Roshanai,
BVV-Verordnete

Brger_innenbeteiligung à la SPD und CDU

Noch in der gerade veröffentlichten Oktober-Ausgabe des „Broadway Neukölln“, dem Magazin der [Aktion! Karl-Marx-Straße], lässt sich die Verwaltung für ihre Brger_innenbeteiligung feiern. Exemplarisch vorgeführt wird das bei der Umgestaltung des Platzes der Stadt Hof vor der Sparkasse an der Ecke Ganghofer Straße im Norden Neuköllns. Was jedoch die Umbenennung des Platzes angeht, haben sich engagierte Brger_innen kein Gehör verschaffen können: Die von der Lenkungsgruppe, dem Beteiligungsgremium der [Aktion! Karl-Marx-Straße], übergebenen Namensvorschläge fanden in der BVV keine große Gegenliebe. Statt dessen hat die SPD plötzlich einen „Joker“ aus dem Hut gezaubert und dafür die CDU vorgeschickt: Nun soll der Platz der Stadt Hof in Alfred-Scholz-Platz umbenannt werden. Das kennen dann genauso viele wie den Siegfried-Aufhäuser- oder den Eduard-Mller-Platz – oder eben den Platz der Stadt Hof.

Beteiligung als Farce

Dabei gibt es zwei wichtige Gründe, den Platz der Stadt Hof nicht umbenennen. Erstens setzt sich die BVV mit einem völlig anderen Namen über den Willen derjenigen Neukllner_innen hinweg, die sich mit über 100 eingereichten Vorschlägen aktiv in den Umgestaltungsprozess eingebracht haben. Dann sollten sich diese Parteien aber nicht über Politikverdrossenheit beschweren, wenn sich gleichzeitig die Verwaltung mit Stadtrat Thomas Blessing (SPD) in

bunten Broschüren für Brger_innenbeteiligung feiern lässt, deren Ergebnis sie am Ende doch nur ignoriert.

Es gibt aber noch einen zweiten Grund, den Platz nicht umzubenennen. Entgegen der üblichen Verfahrensweise trägt der Platz der Stadt Hof seinen Namen auf Bitten der Stadt Hof. Er sollte deshalb auch nur auf Bitten der Stadt Hof umbenannt werden. Das ist nicht eine Frage des Parteibuches, sondern der Kinderstube. Neukölln und Hof sind „befreundete Städte“, auch wenn deren Liste von der Webseite des Bezirks verschwunden ist. Einst machte ein im Gehweg eingelassenes Mosaik-Wappen der Stadt Hof auf die Verbundenheit mit dem einstigen „Vor-Ort“ von Berlin aufmerksam. Das Mosaik wurde bei den Umbauarbeiten aus „Kostengründen“ beseitigt, ebenso wie einst die Skulptur des über Italien hinaus bekannten Bildhauers Paolo Marazzi aus unserer Partnerstadt Marino bei Rom. An die Stdtfreundschaft mit Hof erinnert auch der Saale-Stein im Herbert-Krause-Park, der sich ebenso einst auf dem Platz der Stadt Hof befand. Die CDU-Fraktion hat einen Antrag gestellt, diesen 40 Tonnen schweren Koloss aus der High Deck Siedlung an die Blaschkoallee zu versetzen. Geschtzte Kosten: mindestens 30.000 EUR.

CDU beugt sich SPD-Diktat

Eine weitere bezirkliche Politikpse ist es, dass der Platz der Stadt Hof einst von einem CDU-Bezirksbürgermeister zusammen mit seinem CSU-

Kollegen aus Hof eingeweiht wurde. Das hindert die CDU-Fraktion heute nicht, einen Umbenennungs-Antrag einzubringen, den die SPD diktiert hat. Die ehemalige Fraktionsvorsitzende und heutige Bundestagsabgeordnete Christina Schwarzer schiebt eine „Minderheitsposition“ innerhalb der BVV vor. Falls die Junge Union das nicht wissen sollten: Mit der Stadt

Hof in Bayern war einst West-Berlin durch die Sendemasten des RIAS in Britz verbunden. Hof war der erste Ort nach dem Transit durch die DDR und damit die erste Stadt im Westen. Somit erinnert der Platz der Stadt Hof auch an die Deutsche Teilung.

Dabei wäre doch alles so einfach: Die Linke hatte einst vorgeschlagen, den Rathausvorplatz in Andenken an

den letzten langjährigen und von den Kommunisten mitgetragenen Bürgermeister der SPD Alfred Scholz zu benennen, der 1933 von den Nazis aus dem Amt entfernt wurde. Dann hätten die Genossen einen würdigen Ort und die Stdtfreundschaften nähmen keinen Schaden.

Bertil Wewer, BVV-Verordneter



DIE SPD WIRFT MIT NEBENKERZEN UM SICH, ANSTATT DIE WAHREN URSACHEN ANZUGEHEN

Kein Kind darf zurückbleiben!?

Unser Bürgermeister Heinz Buschkowsky und der Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus Raed Saleh werden nicht müde, den Satz „Kein Kind darf zurückbleiben“ immer wieder zu verkünden. Und speziell für die Bildungschancen Benachteiligter erklären sich die beiden zu den Experten in dieser Stadt.

Ein Lieblingsthema beider Politiker ist die Kitapflicht. Obwohl die überwältigende Mehrheit

der Familien ihre Kinder freiwillig in Kitas bringen (95 %), sind beide hinter den letzten Eltern her wie die Teufel hinter den armen Seelen. Sie unterstellen diesen Familien, dass sie sich

nicht ausreichend um das Wohl ihrer Kinder und deren Bildungschancen kümmern. So haben sie schnell und unkompliziert die Schuldigen dingfest gemacht, wenn Kinder nicht den gewünschten Bildungserfolg haben.

Wie sieht aber die reale Politik aus?

Berlin hat massive Schwierigkeiten, den Rechtsanspruch auf Kitaplätze überall in der Stadt zu erfüllen. In vielen Quartieren fehlen immer noch viele Plätze für die Familien, die sie gern freiwillig annehmen würden. Gleichzeitig streichen die Abgeordnetenhausfraktionen von SPD und CDU im Berliner Landeshaushalt, der im Dezember beschlossen wird, die Mittel für den Kitaplatzausbau um 20 Mio. € oder 40 % zusammen. So werden z.B. die Familien im Bereich Köllnische Heide/Weiße Siedlung wohl noch lange auf die zusätzlichen 400 Kitaplätze warten müssen, die sie dringend brauchen und auch aktiv fordern. Hier wohnen genau die Menschen, die Buschkowsky und Saleh gern in die Pflicht nehmen würden. Dass sie sie gar nicht zwingen müssen, sondern ihnen nur ein gutes Platzangebot zur Verfügung stellen müssten, übersehen sie dabei gern. Es ist ja auch viel angenehmer, sich darüber auszulassen, dass die bösen bildungsfernen Eltern ihre Kinder nicht

rechtzeitig in die Kita schicken, als sich selbst zu fragen: „Warum schaffen wir es nicht, diesen Eltern, die das dringend wollen, ausreichende Kitaplätze in ihrem Kiez anzubieten?“

Wie sieht es bei der Schule aus?

Als Buschkowsky und Saleh von ihrer Rotterdamerreise zurückkamen, wurde verkündet, es werde ein Sonderprogramm für Brennpunktschulen aufgelegt.

Die Schulen in sozialen Brennpunkten bekommen zusätzliche Mittel, um ihre Schülerinnen und Schüler besser fördern zu können. Das klingt sinnvoll und gut. Aber

woher kommen diese zusätzlichen Mittel? Aus dem jetzt schon viel zu knappen Schuletat! Die Lehrkräfteknappheit kann so nicht beendet werden, der Unterrichtsausfall ist damit bereits wieder vorprogrammiert. Die Inklusion, die gemeinsame bessere Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung, muss auf die lange Bank geschoben werden, obwohl sich unser Land dazu in einer UN-Konvention verpflichtet hat. Die Schulsozialarbeit, die auch in den Brennpunktschulen besonders wichtig ist, kann nicht ausgebaut werden, im Gegenteil – es sollen Schulsozialarbeiter_innen eingespart werden.

Alle Schulen bräuchten regelhaft eine bessere Ausstattung, insbesondere mit Lehrkräften und anderem pädagogischen Personal, damit die Lerngruppen kleiner werden können, Förderangebote individueller organisiert werden können. Die Neuköllner Grundschulen haben z.Zt., nach Aussagen der Senatsverwaltung, eine Lehrkräfteausstattung von 98 %. Damit ist klar, dass Stunden ausfallen, Unterricht fachfremd erteilt werden muss, Förderstunden nicht realisiert werden können und eine individuelle Förderung der Kinder sehr erschwert wird. Unter solchen Bedingungen wird der Satz „Kein Kind darf zurückbleiben“ zum Hohn. Denn diese täglichen Zustände in unseren Schulen sorgen dafür, dass nur die robustesten

oder die Kinder, die anderweitig besondere Förderung erfahren, ihre Bildungschancen ungeschmälert nutzen können.

Das Problem liegt nicht bei den Familien, sondern im System

Den Brennpunktschulen sei die Unterstützung gegönnt, sie ist nötig

Für Neukölln im Abgeordnetenhaus

Senatorin Kolat will eigene Stadtteilmütter und gibt dafür zwei Millionen aus

Die Stadtteilmütter machen in Kreuzberg, Neukölln, Mitte und anderswo eine gute Arbeit, denn sie gehen in Familien, die sonst vielleicht nicht den Weg in Beratungseinrichtungen, zum Elternabend oder in den Nachbarschaftstreff finden würden. Sie schaffen Vertrauen und bauen die Brücken zur professionellen Hilfe. Dafür müssen sie vor allem die Einrichtungen und Angebote in ihrem Kiez gut kennen: Wo gibt es Hausaufgabenhilfe? Wo wird Mieter_innen- oder Gesundheitsberatung in den verschiedenen Muttersprachen angeboten? Und so weiter. Der Senatorin gefällt das so gut, dass sie jetzt auch Stadtteilmütter haben möchte. Statt mit dem zur Verfügung gestellten Geld die langjährig erprobte Arbeit in den Bezirken zu unterstützen, hat sie einen neuen Träger beauftragt (SPI, Sozialpädagogisches Institut), der nun zentral für Berlin eine neue Ausbildung und Betreuung für Stadtteilmütter und Integrationslots_innen aufbauen soll: „Es ist nicht geplant, Projekte und/oder Stellen zu verstetigen, sondern es werden neue Stellen geschaffen.“ (Anfrage im Rahmen der Haushaltsberatungen, Rote Nummer 1178)

Wir lehnen das ab: Die Stadtteilmütter sind ein wertvoller Bestandteil der Integrationsarbeit, wenn sie in den Kiezen gut vernetzt sind, wenn die

und längst überfällig! Aber was hier im Berliner Schulsystem geschieht, ist nur, dass die viel zu kurze Decke hin und hergezogen wird – soll sie bis zum Hals reichen, frieren die Füße.

Die Sprüche der beiden selbsternannten Bildungsexperten Buschkowsky und Saleh erweisen sich bei näherem Hinsehen deshalb als ziemlich hohl. Sie lassen viele Kinder zu-

rück, weil sie nicht bereit sind, grundsätzlich mehr für die Bildungschancen aller Kinder zu tun und alle Schulen und Kitas vernünftig auszustatten. Stattdessen werfen sie Nebelkerzen und machen die Familien dafür verantwortlich, wenn sie die Mängel im System nicht ausgleichen können.

Gabi Vonnekold, Vorsitzende der Grünen BVV-Fraktion

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...der beste Wohnort, den man sich vorstellen kann.“
Norman, 29 Jahre

Wir werden daher Änderungsanträge einbringen.

Finanzierung des Aktionsplans zur Integration ausländischer Roma

In den Haushaltsberatungen wurde auch die Finanzierung des Aktionsplans vorgelegt, in dem es um die Willkommensklassen, Beratungsstellen, Lots_innenprojekte etc. geht. Berlin hat mit diesem Plan im Prinzip einen guten Aufschlag gemacht. Alle Bezirke, auch Neukölln, profitieren davon in ihrer Integrationsarbeit für die neuzuziehenden Menschen aus Rumänien und Bulgarien.

Was jedoch fehlt, ist die Einbeziehung der Roma-Selbstorganisationen. Sie waren – wie im letzten Stachel berichtet – in die Erarbeitung des Plans nicht gut einbezogen. Und sie sind auch bei der Finanzierung nicht angemessen berücksichtigt. Das bedeutet vor allem, dass die Organisationen, an die ein großer Teil der Gelder fließt, sich erst Mitarbeiter_innen mit den notwendigen Sprach- und Kulturkenntnissen „einkaufen“ müssen, um die ihnen übertragene Arbeit überhaupt machen zu können. In Neukölln ist mit Amaro Foro eine Organisation aktiv, die dieses Problem nicht hat: Hier arbeiten Roma und Nichtroma zusammen, Sprachkenntnisse und ein Verständnis für die Kulturen sind da – entsprechend gut und effektiv ist die Arbeit. Das wird leider nicht überall in Berlin so sein.

Susanna Kahlefeld, MdA

Seitdem der Flugbetrieb auf dem Tempelhofer Feld eingestellt wurde, plant der Senat die Privatisierung und Bebauung des Feldes. Trotz des laufenden Volksbegehrens Tempelhofer Feld 100% wird mit ersten Baumaßnahmen begonnen, um Fakten zu schaffen.

Was plant der Senat eigentlich genau? Sozialwohnungen oder ein neues Viertel mit Stadtvillen?

Wie wirkt sich das auf die umliegenden Kieze aus?

Wie können wir das Feld weiterhin für alle erhalten? Und was meint der Senat mit Bürgerbeteiligung?

Diese Fragen wollen wir gemeinsam diskutieren: Diskussionsveranstaltung am Fr. den 6. Dezember, um 19Uhr, im Cafe Engels

100% SENAT

100% FELD

100% Tempelhofer Feld

DIE LINKE. **GRÜNE** **CAFE ENGELS**

Eine gemeinsame Veranstaltung von PIRATEN, LINKEN, GRÜNEN und der Bürgerinitiative 100%TFP

Susanna Kahlefeld ist direkt gewählte Abgeordnete aus Neukölln. Sie setzt sich für eine gelungene Integration in Berlin ein. Integration bedeutet für Susanna Kahlefeld gleichberechtigte Teilhabe für alle, die in Berlin leben. Deshalb setzt sie sich für Bildung und Arbeit, politische Mitbestimmung wie das Wahlrecht auf kommunaler Ebene für alle sowie eine humanitäre Asyl- und Flüchtlingspolitik ein.

Foto: Jochen Biedermann



KEIN „WEITER SO“ AUF DEM RÜCKEN DER BETROFFENEN

Wir brauchen neue Regeln für Hartz IV und Jobcenter

Freiheit und Selbstbestimmung brauchen einen Sozialstaat, der Menschen dabei unterstützt, sich zu entfalten. Im Moment geschieht in den Jobcentern häufig das Gegenteil. Wenn „Kund_innen“ zum dritten Mal in einen Computerkurs gesteckt werden, in dem sie nichts mehr lernen, wenn Menschen für wenige Tage in Jobs vermittelt werden, nur um in der Statistik einen kleinen Erfolg feiern zu können, dann wird ein aus den Fugen geratenes System zum Selbstzweck – die Menschen, die Hilfe bräuchten, geraten dabei völlig aus dem Blick.

Berlin ist mit einer Arbeitslosenquote von über elf Prozent noch immer das Bundesland mit der höchsten Zahl von Arbeitssuchenden in Deutschland. In Neukölln ist die Lage noch dramatischer. Über 15 Prozent der Menschen in unserem Bezirk sind arbeitssuchend gemeldet und die Statistik beschönigt noch. Arbeitssuchende, die z.B. gerade in einer Fortbildungsmaßnahme sind, tauchen in der Statistik gar nicht auf. Neue Regeln für Hartz IV und eine Reform der Jobcenter wäre für fast ein Fünftel der Menschen in Neukölln eine unmittelbare Verbesserung ihrer Lage. Dazu brauchen wir sowohl Reformen auf Bundesebene, als auch in Berlin. Die wichtigsten Ansatzpunkte sind folgende:

Anhebung des Hartz-IV-Satzes

Der Hartz-IV-Satz von 382 Euro im Monat reicht nicht, um Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, gerade angesichts steigender Lebenshaltungskosten. Wir müssen den Satz anheben – in einem ersten Schritt auf 420 Euro – und ihn dann regelmäßig an die steigenden Kosten anpassen.

Sanktionen aussetzen und überdenken

Wir müssen den Sanktionswahnsinn stoppen, der in den Jobcentern grassiert. Dazu brauchen wir sofort ein Sanktionsmoratorium und eine Debatte, wie wir mit den Sanktionen künftig umgehen. Sanktionen unter das Existenzminimum sind mit dem Sozialstaatsprinzip in unserem Grundgesetz nicht vereinbar. Angesichts der Tatsache, dass sich 95 Prozent der Arbeitssuchenden völlig korrekt verhalten und dass die restlichen fünf Prozent vielmehr Hilfe als Drohung bräuchten, deutet viel darauf hin, dass am Ende des Diskussionsprozesses die völlige Abschaffung der Sanktionen stehen sollte.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Gleichzeitig brauchen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die ihren Namen verdient. Die jetzige Bundesregierung hat 2011 die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik massiv zusammen gestrichen. Bis 2015 sollen fast acht Milliarden Euro weniger zur Verfügung stehen. Langfristige Arbeitsmarktinstrumente (z.B. Gründer_innenzuschuss und berufliche Weiterbildung) müssen revitalisiert werden.

Mehr Mitsprache der Betroffenen

Wir brauchen ein Wunsch- und Wahlrecht: Die Arbeitssuchenden müssen mitreden können, wenn es um ihre Zukunft geht. Gleichzeitig müssen Beschwerden und Klagen gegen Maßnahmen oder Sanktionen eine aufschiebende Wirkung erhalten. Bislang müssen Sanktionen trotz Einspruch erst mal hingenommen werden – mit zum Teil existenzbedrohenden Folgen. Dabei ist fast jede zweite Klage ganz oder teilweise erfolgreich. Um auch systematisch zu Verbesserungen zu kommen, brauchen wir außerdem ein Verbandsklagerecht.

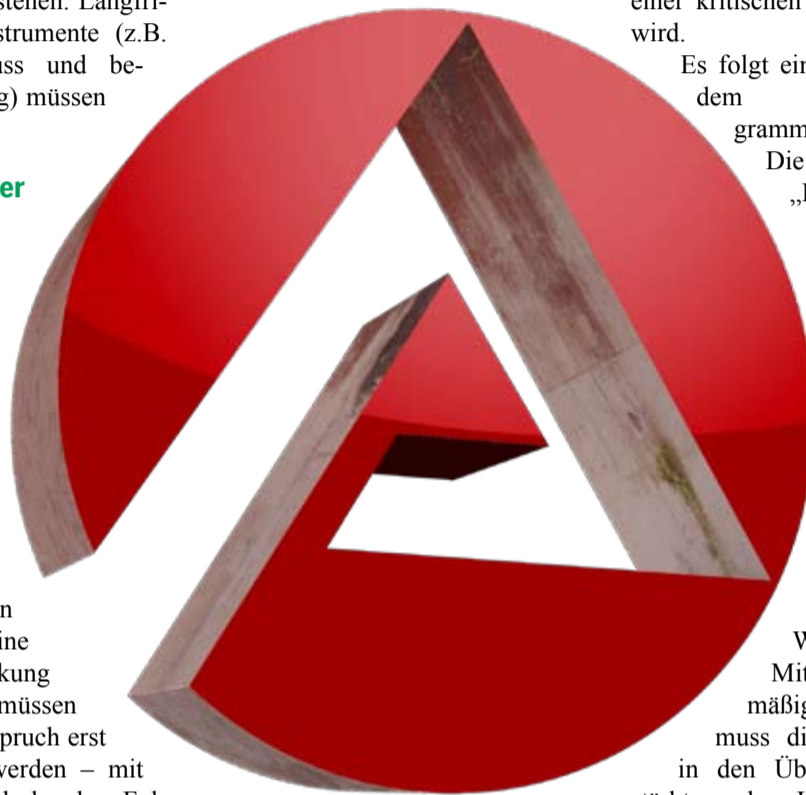
Weniger Bürokratie in den Jobcentern

Dass so viele Bescheide fehlerhaft sind, kommt nicht von ungefähr. Die Bürokratie, mit der sich die Mitarbeiter_innen in den Jobcentern täglich rumschlagen müssen, ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Z.B. muss die Höhe der Zahlungen an Aufstocker_innen jeden Monat neu berechnet werden – je nachdem, wie viel gerade dazu verdient wurde. Dies führt zu völlig absurden Nachweis- und Berechnungsorgien, die fehleranfällig sind und die Angestellten in den Jobcentern massiv in Beschlag nehmen. Wir müssen hier beginnen, über die Pauschalierung von Leistungen nachzudenken, um der ausufernden Bürokratie Herr zu werden.

Bessere Personalpolitik in den Jobcentern

Gleichzeitig brauchen die Jobcenter mehr Personal. In Neukölln kom-

men auf eine_n Vermittler_in derzeit statistisch 143 „Kund_innen“, in der Realität sind es häufig noch viel mehr. Dass bei solchen Quoten schlampige Bescheide rauskommen, liegt auf der Hand. Gleichzeitig müssen die Vermittler_innen unbefristete Verträge



Außen aufpoliert und innen der alte Moder?
Grafik: Kalle Erlacher

bekommen. Um mit der rechtlich so komplexen Materie umgehen zu können, brauchen wir erfahrene Mitarbeiter_innen in den Jobcentern. Der ständige Personalwechsel macht eine kontinuierliche Arbeit kaum möglich.

Bessere Vernetzung vor Ort

Wichtig ist zudem, dass Jobcenter sich vor Ort, in den Bezirken besser mit den Sozialträgern vernetzen. Mit Schuldner_innenberatungen, mit Hilfsangeboten für Analphabet_innen, mit Familienhilfe-Einrichtungen. Direkte Kooperationen, über die schnell und unbürokratisch Hilfe für die organisiert werden kann, die ihre Lebenssituation alleine nicht in den Griff bekommen.

Wir brauchen neue Regeln für Hartz-IV und unsere Jobcenter. Wir Grüne werden dafür sorgen, dass dieses Thema auf der Tagesordnung bleibt – bei der Großen Koalition in Berlin und bei der künftigen im Bund.

Andreas Audretsch

WAS DER HANDELSBILANZÜBERSCHUSS MIT DEM MINDESTLOHN ZU TUN HAT

Höhere Löhne gegen die Krise

Ende Oktober wurde vom US-Finanzministerium im Rahmen einer Analyse für den US-Kongress scharfe Kritik an der deutschen Wirtschaftspolitik geäußert. Stein des Anstoßes war vor allem der hohe Exportüberschuss, der derzeit mit seinen Auswirkungen durch die EU-Kommission einer kritischen Prüfung unterzogen wird.

Es folgt ein kurzer Auszug aus dem Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/ Die Grünen von 2013: „Die ökonomischen Ungleichgewichte in der Europäischen Union haben ihre Ursache sowohl in den Defizitalen als auch in den Überschussländern wie Deutschland. Eine europäische Wirtschaftspolitik muss mehr dafür tun, dass sich die Wirtschaftskraft der Mitgliedsstaaten gleichmäßiger entwickelt. Dazu muss die Binnenkonjunktur in den Überschussländern gestärkt werden. In den letzten Jahren stagnierten aber die Reallöhne oder sanken sogar. Dadurch sind sowohl die Ungleichgewichte innerhalb Europas als auch die Ungleichverteilung der Markteinkommen in Deutschland deutlich angestiegen. Wir wollen diesen Trend umkehren und auskömmliche Löhne wieder zum Regelfall machen. Dazu brauchen wir in Deutschland auch endlich einen gesetzlichen Mindestlohn, um der Lohnspirale nach unten einen Riegel vorzuschieben (...).“

Hier ist von eben jenen Überschüssen die Rede, die derzeit auf internationaler Ebene kritisiert werden. Im September 2013 exportierte die Bundesrepublik Deutschland erneut Waren im Wert von 20,4 Milliarden Euro mehr, als sie aus anderen Ländern in diesem Zeitraum importiert hat – Tendenz steigend.

Vergleichbar mit der Fußball-Bundesliga?

Was ist eigentlich das Problem bei dem hohen Exportüberschuss? Traditionell wird diese Messzahl bei uns als ein Gradmesser wirtschaftlicher Stärke einer Nation angesehen. So äußerte ein Europaabgeordneter der CSU hierzu, Bestrebungen, den Exportüberschuss zu drosseln, seien vergleichbar mit der Forderung, der FC Bayern solle schlechteren Fußball spielen, damit kleinere Vereine bessere Chancen auf höhere Plätze auf der Bundesliga-Tabelle hätten.

Wenn man internationale wirtschaftliche Wechselbeziehungen tatsächlich als eine Art sportlichen Wettkampf betrachtet nach dem Motto „Dabei sein ist alles – neues Spiel, neues Glück“, mag dieser Vergleich

treffend sein. Hierbei stellt man jedoch nicht in Rechnung, dass Millionen von Menschen im Ausland, aber auch im Inland, die Zeche für den Kampf um die Tabellenspitze in der internationalen Export-Liga teuer bezahlen müssen.

Spitzenplatz auf Kosten anderer Länder

Denn ein Problem am Exportüberschuss besteht darin, dass ein Überschuss eines Landes nur möglich ist, wenn andere Nationen dafür ein Defizit aufweisen, d.h. andere Länder importieren dafür mehr, als sie exportieren. Weit über die Hälfte der deutschen Exporte fließen in andere EU-Länder. Häufig verschulden sich andere Länder bei deutschen Banken, um ihren Importüberschuss zu finanzieren.

Auf diese Problematik weisen bündnisgrüne Wirtschafts- und Finanzpolitiker_innen bereits seit geraumer Zeit hin. Lisa Paus etwa, Grüne Bundestagsabgeordnete und Finanzexpertin, kritisierte im Rahmen eines Vortrags in unserer Bezirksgruppe im Februar dieses Jahres deutlich den rasant wachsenden Exportüberschuss Deutschlands als eine der Ursachen der europäischen Schuldenkrise. Unser Exportüberschuss hat somit negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation anderer Länder.

Der Zusammenhang mit der inneren sozialen Schieflage

Darüber hinaus jedoch gibt es noch einen Zusammenhang mit einer inneren Schieflage: Je weniger Waren innerhalb eines Landes

verkauft werden, desto weniger müssen importiert werden, was wiederum das Importdefizit vergrößert. Wir haben es also mit einem Zusammenhang mit der vergleichsweise niedrigen Binnennachfrage zu tun, die wiederum in direkter Abhängigkeit mit der Kaufkraft, also auch mit dem Lohnniveau, steht. Was wiederum zu der Frage führt, wie es sein kann, dass in einem so wohlhabenden Land wie dem unseren Unternehmer_innen nicht per Gesetz verpflichtet werden, ihre Beschäftigten halbwegs existenzsichernd zu entlohnen.

Wachstum um jeden Preis?

Es sollte nunmehr klar sein, dass der Preis für den Exportliga-Tabellenspitzenplatz von der sozialen Warte aus betrachtet offensichtlich sehr hoch ist. Man darf gespannt sein, zu welchem Ergebnis die Untersuchung der EU-Kommission kommt. Das schlimmstenfalls drohende Bußgeld von 0,1 Prozent der Wirtschaftsleistung wegen längerfristiger Überschreitung europäischer Richtwerte dürfte den Preis für diese Art Wachstum für alle sichtbar weiter in die Höhe treiben.

Susanne Lippert-Gulich

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...na, Multikulti im Endeffekt.“
Kami, 17 Jahre



GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und

Tagesordnung stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de. Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!